

Ministerium für Bildung Rheinland-Pfalz
Frau Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Dr. Hubig,

wir, der Schulelternbeirat des Gymnasiums Nieder-Olm, ersuchen Sie, **dringend die aktuelle Schulsituation zu entschärfen.**

Bei Anstieg des Infektionsgeschehens war laut einer Regelung Ihres Ministeriums ein Übergang in Szenario 2 vorgesehen, um Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte zu schützen sowie zur Eindämmung der allgemeinen Virusverbreitung beizutragen.

Vor dem Hintergrund der aktuell bedrohlichen Infektionszahlen wurde seit Anfang November in fast allen Lebensbereichen strengere Regeln zur Kontaktreduzierung eingeführt. Da nach neuesten Erkenntnissen die Infektiosität von Jugendlichen (ab 15 Jahren) der von Erwachsenen nicht nachsteht, erscheint eine dringende und schnelle Veränderung der derzeitigen schulischen Situation angebracht.

Durch die Mundnasenbedeckung (MNB) kann lediglich das Infektionsrisiko leicht gesenkt und große Partikel abgehalten werden, sie stellt jedoch keinen effektiven Schutz vor Viren dar – insbesondere, wenn sie nicht getragen wird, wie es in den Warteschlangen vor den Bussen oder in der Oberstufe in den Freistunden außerhalb der Schule der Fall ist.

Es gibt hinreichend Gründe für eine Reduzierung der an der Schule präsenten SchülerInnen und damit eine Entlastung der aktuellen Situation:

1. Schutz von Familien mit Personen im Haushalt, die zu den Risikogruppen gehören.

Während diese Familien selbst weitgehend auf Kontakte zu Personen außerhalb ihres Haushalts verzichten, sind ihre Kinder täglich vollen Schulklassen und damit einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt. Die Besorgnis steigt umso mehr, als die Gesundheitsämter mittlerweile nur minimale Quarantänemaßnahmen ergreifen, auch wenn Schüler in einer Klasse/ einem Kurs jeden Tag stundenlang zusammensitzen.

Insbesondere in der Oberstufe entspricht es in keiner Weise der Realität, dass in den MSS-Räumen Abstand gehalten bzw. durchgehend die Mundnasenbedeckung getragen wird.

2. Steigerung der Unterrichtsqualität

Das permanente Tragen der MNB kann keine Dauerlösung sein, da es die Unterrichtsqualität in hohem Maße einschränkt. Frontalunterricht, keine Mimik der Lehrkräfte und MitschülerInnen und eine deutlich erschwerte Verständigung – die insbesondere den Fremdsprachenunterricht erschwert. Szenario 2 würde dem Abstandsgebot gerecht, so dass evtl. weniger strenge Vorgaben bei der Maskenpflicht möglich wären.

3. Höhere Effizienz in kleineren Gruppen

Aus der Zeit der Wiederöffnung der Schulen im Mai 2020 (mit A- und B-Gruppen) wissen wir, dass kleinere Lerngruppen deutlich effizienter arbeiten.

4. Entlastete Bussituation

Die prekäre Bussituation würde sich erheblich entschärfen, wenn man die Präsenz-Schülerzahlen reduzieren würde.

Beispiel: Das Gymnasium Nieder-Olm und die IGS Nieder-Olm befinden sich in großer räumlicher Nähe, so dass **täglich rund 2.600 Schülerinnen und Schüler zur Schule** hin- und zurückfahren. Wenn man sich einmal die Warteschlangen an den Haltestellen angeschaut hat, ist eigentlich jegliche Gegenargumentation hinfällig.

5. Abstandsregeln im Schulgebäude und auf den Schulhöfen

Diese wären bei niedrigeren Präsenzzahlen für Schülerinnen und Schüler leichter umzusetzen und für Lehrerinnen und Lehrer mit weniger Aufwand zu kontrollieren.

6. Entlastung der Schulleitungen und Orga-Teams

Die aktuelle Situation bindet den größten Teil der Kapazitäten der Schulleitungen und deren Orgateams. Neue Infektionsfälle erfordern eine ständige Anpassung der Schule an eine sich verändernde Situation. Wenn eine Umstellung auf reduzierte Präsenzgruppen erfolgt, wäre auch hier eine Entlastung möglich – dadurch wäre wieder Kapazitäten für Schul- und Unterrichtsthemen frei.

Die denkbar schlechteste Entwicklung wäre ein Übergang in Szenario 3 – die Schulschließung. Das möchten weder die Eltern, noch die SchülerInnen oder LehrerInnen. Auch, weil keiner wirklich gut darauf vorbereitet wäre.

Daher ist es uns unverständlich, dass man die derzeitige Situation, die sich in den letzten drei Wochen massiv verschärft hat, ohne weitere Maßnahmen hinnimmt (wenn man von der MNB absieht).

Das RKI empfiehlt ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 50 pro 100.000 Einwohnern eine Verkleinerung von Schulklassen, so dass der Mindestabstand von 1,5 m eingehalten werden kann. Szenario 2 würde genau dieser Empfehlung entsprechen. Wir fordern Sie daher auf, diesen Inzidenzwert als Maßstab für einen Übergang auf Szenario 2 zugrunde zu legen.

Eine planmäßige Umstellung auf Szenario 2 sollte mittelfristig in einer Abnahme der Infektionen unter Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften resultieren und somit einen geregelten Unterricht sicherstellen – persönlich im Schulgebäude, aber auch in digitaler Form zuhause.

- Im Vergleich zur Situation im Frühjahr sind die Schulen, aber auch Schülerinnen und Schüler inzwischen vielfach technisch besser ausgestattet. Lehrerinnen und Lehrer sind in digitalen Methoden eingehend geschult, so dass ein eingeschränkter Regelbetrieb (Szenario 2) inzwischen als guter Kompromiss erscheint. Schülerinnen und Schüler, die aktuell aufgrund von Quarantäne nicht persönlich in der Schule sind, fühlen sich nach eigenen Angaben weitgehend gut betreut.

- Durch den tageweisen Wechsel von A und B-Gruppen, wie er am Gymnasium Nieder-Olm vorgesehen ist, bleibt der Schulrhythmus für die SchülerInnen erhalten, eine enge Anbindung an das Unterrichtsgeschehen ist möglich.

Das Gymnasium in Nieder-Olm besuchen ca. 1600 Schülerinnen und Schüler, somit können wir nicht sicherstellen, dass wir mit unserem Anliegen für alle Eltern sprechen. Der überwältigende Teil der Eltern, die uns kontaktieren sowie derer, die in unserem Gremium vertreten sind, spricht sich jedoch eindeutig für eine rasche Umstellung auf Szenario 2 aus.

Gerne hätten wir vorab die Meinung anderer Schulen und deren Elternvertretungen eingeholt, um dann einen gemeinschaftlichen Aufruf an Sie zu richten. Die Dringlichkeit der Lage duldet in unseren Augen aber keinen Aufschub, so dass wir uns bereits jetzt an Sie wenden. Wir wissen, dass ähnliche Apelle anderer Elternvertretungen schon erfolgt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Anja Noky
Vorsitzende des Schulelternbeirats am Gymnasium Nieder-Olm

Dr. Viviane Després
Stellv. Vorsitzende des Schulelternbeirats am Gymnasium Nieder-Olm

Eine Kopie dieses Briefes geht an:
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz



DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

23. Dezember 2020

Mein Aktenzeichen 700-0001#2020/0019 0901 9413C Bitte immer angeben!	Ihr Schreiben vom 13.11.2020	Ansprechpartner/-in / E-Mail Dr. Oebel lothar.oebel@bm.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-2904 06131 16-4005
---	---------------------------------	---	---

Gymnasium Nieder-Olm

Sehr geehrte Frau Noky, sehr geehrte Frau Dr. Deprès,
sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben und für Ihre Anregungen zum Umgang mit der Corona-Pandemie in der Schule. Herzlichen Dank auch für Ihren Einsatz als Elternvertreterinnen und -vertreter zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler. Dies ist gerade in der jetzigen Situation besonders wichtig. Sehen Sie mir bitte nach, dass ich Ihnen erst jetzt antworten kann. Ihr Schreiben und Ihre Anregungen haben wir aber trotzdem in unsere Überlegungen mit einbezogen.

Seit Ihrem Schreiben haben sich – wie Sie wissen – die Dinge weiterentwickelt. Mit der Entscheidung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin am 13. Dezember 2020 sind wir in einem erneuten Lockdown, weil die Infektionszahlen in Deutschland viel zu hoch sind. Da das gesellschaftliche Leben insgesamt runtergefahren wird, haben auch die Schulen ihren Anteil daran.

Am 5. Januar 2021 werden die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin über das weitere Vorgehen in Deutschland beraten. Die Kultusministerkonferenz wird sich in den Tagen davor zur Situation und dem weiteren Vorgehen austauschen und beraten. Alle weiteren Schritte werden maßgeblich von der Entwick-



lung des Infektionsgeschehens und den daraus folgenden Entscheidungen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin bestimmt sein. Erst am Wochenende konnten wir mit Blick auf die Entwicklungen in Großbritannien wieder einmal sehen, wie wenig prognostizierbar heute die Situation in drei Wochen ist.

Damit die Schulgemeinschaft Planungssicherheit hat, haben wir entschieden, dass die Schulen zunächst zwei Wochen Fernunterricht bis zum 15. Januar 2021 haben (Szenario 3). Sie haben damit genug Zeit, um sich auf die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz und auf die weitere Entwicklung einstellen zu können.

Wenn die Infektionszahlen nach dem 15. Januar 2020 weiterhin hoch bleiben und der Lockdown weiter geht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch der Fernunterricht fortgeführt werden muss. Entsprechend unserer Leitlinien werden wir besonders die unteren Jahrgänge und die Abschlussjahrgänge im Blick haben. Ziel muss es sein, für die unteren Jahrgänge und die Abschlussklassen wieder in den Präsenzmodus zu kommen, ggf. im Wechselmodell.

Wenn sich die Zahlen deutlich nach unten entwickeln, müssen und sollen wir wieder zum Präsenzunterricht zurückkehren, eventuell – wo es vor Ort notwendig ist – auch in Kombination mit dem Wechselunterricht. Selbstverständlich werden wir unsere Entscheidungen in enger Abstimmung mit den Gesundheitsexperten treffen und Hauptpersonalräte und Eltern- und Schülervertretungen dabei einbinden.

Lassen Sie mich noch etwas zu den von Ihnen angesprochenen Punkten sagen, die ja auch für das weitere Schuljahr von großer Bedeutung sind:

Die derzeitige Situation führt zur Ausprägung sehr unterschiedlicher Ansichten: Manche finden die ergriffenen Maßnahmen vollkommen übertrieben, anderen gehen sie nicht weit genug. Es ist wichtig, dass wir im Gespräch miteinander bleiben, denn das stärkste



Mittel gegen die Ausbreitung der Pandemie sind Solidarität und ein gemeinsames Handeln. Ich möchte versuchen, Ihnen die Gründe für die ergriffenen Maßnahmen zu erläutern und eine Perspektive für die Zukunft aufzuzeigen.

Seit Anfang November wurden in fast allen Lebensbereichen strenge Regeln zur Kontaktreduzierung eingeführt. Dies geschah auch, um die Schulen weiterhin offenhalten zu können und zeigt, welche Bedeutung Bildung hat. Alle Maßnahmen wurden und werden durch regelmäßige Gespräche mit Expertinnen und Experten für Gesundheitsfragen erörtert. So bin ich nach wie vor im regelmäßigen Austausch mit den führenden rheinland-pfälzischen Fachleuten auf diesem Gebiet. Die Experten haben die Schulöffnung bis zu dem jetzigen Lockdown nicht nur als verantwortlich, sondern als sinnvoll beurteilt und das Tragen von Alltagsmasken für Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen und deren Lehrkräfte als wirksame und ausreichende Maßnahme, um sich und sein Gegenüber zu schützen.

Am 25. November 2020 hatten die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin Leitlinien für den weiteren Umgang mit der Pandemie vorgelegt. Da die Infektionszahlen weiterhin hoch waren, wurden die Maßnahmen in verschiedenen Bereichen verlängert bzw. verschärft. Für die Schulen wurde die Maskenpflicht ausgeweitet und ab einer Inzidenzzahl vom 200 kann für die älteren Jahrgänge ein Wechselmodell eingeführt.

Schulleitungen können darüber hinaus Freiräume nutzen und tun dies auch, wenn Quarantänemaßnahmen notwendig werden: Am Gymnasium Nieder-Olm wurde in Absprache mit der Schulaufsicht der komplette Jahrgang 12 für eine Zeitlang zuhause beschult, obwohl nur für einen Teil der Schülerinnen und Schüler die Quarantäne angeordnet war. Dies hatte sowohl pädagogische als auch organisatorische Vorteile für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Schule. Solche kreativen Lösungen, die wir auch von vielen anderen Schulen kennen, haben sehr geholfen und werden das auch künftig – nach dem Ende des Lockdowns tun.



Das Mittel der Wahl wird auch künftig für alle 16 Bundesländer der reguläre Präsenzbetrieb bleiben. Wir bekennen uns – wenn es das Infektionsgeschehen zulässt – ganz klar zum Präsenzunterricht – weil wir das Recht auf Bildung in Präsenz am besten gewährleisten können. Das gilt für die Jüngeren, die noch wenig Schulerfahrung haben, genauso wie für ältere Schülerinnen und Schüler, die vor ihren Abschlüssen stehen. Schule ist ein Ort des Lernens, aber auch ein Ort des sozialen Miteinanders. Über Parteigrenzen hinweg sehen das alle Kultusminister der Länder so. Und wir werden darin bestärkt durch Expertinnen und Experten aus Medizin und Psychologie. Eine Studie des Landesuntersuchungsamts zeigt, dass das Risiko, sich im Privaten mit dem Corona-Virus zu infizieren, im Untersuchungszeitraum deutlich über dem Risiko lag, sich in der Schule anzustecken. Diese Zahlen, die sich auch mit den Erkenntnissen anderer Bundesländer decken, verdeutlichen, dass Schule ein gut überwachbarer und überwachter Raum ist.

Um den Präsenzunterricht sicherzustellen, unternimmt die Gesellschaft und Unternehmen wir große Anstrengungen. In Rheinland-Pfalz haben wir den Schulen beispielsweise 50 Millionen Euro zusätzlich für coronabedingte Vertretungseinstellungen, 6 Millionen Euro für Lüftungsgeräte, 7,5 Millionen Euro für mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte zusätzlich zu den rund 24 Millionen Euro aus dem Sofortausstattungsprogramm des Bundes, Schutzmasken und Desinfektionsmittel sowie Mittel für die Bereitstellung zusätzlicher Busse zur Verfügung gestellt.

Auch für uns steht die Sorge um die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern wie von Lehrkräften ganz oben auf der Prioritätenliste. Die Hygienekonzepte in den Schulen sind sehr erfolgreich und wirken. Deshalb ist es wichtig, dass sie eingehalten werden. Wenn Schülerinnen und Schüler die Hygieneregeln nicht ernst nehmen, wie Sie dies darlegen, muss dies innerhalb der Schule thematisiert werden – ich befürchte, dass diejenigen, die in der Schule Hygieneregeln missachten, dies auch anderswo tun, beispielsweise wenn sie Freunde treffen. Bitte sprechen Sie dieses Thema bei den Sitzungen des Schulelternbeirates an und bitten Sie auch die Schülervertretung, sich damit auseinanderzusetzen.



Sehr geehrte Damen und Herren, das Thema Schulöffnung bzw. Schulschließung wird sehr engagiert und emotional diskutiert. Auch von den Schulleitungen sowie von den Elternvertretungen erreichen uns sehr unterschiedliche Einschätzungen und Wünsche zu dieser Frage. Es ist entscheidend, Argumente zu hören und abzuwägen, deshalb haben Sie auch ganz herzlichen Dank für Ihren Beitrag.

Ich wünsche Ihnen gerade in diesem besonderen Jahr frohe Weihnachten, erholsame Feiertage und ein glückliches und gesundes neues Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefanie Hubig